

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 154.

zu Nr. 140 des Hauptblattes.

1922.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Doenges in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 15. Juni.)

Abg. Renner (Kom.):

(Fortsetzung.)

Die Regierung, die jetzt besteht, hat den General Reichardt trotz seiner Lebensgeschichte, trotz seiner treuen Bezeichnung gegenüber der Regierung (Abg. Dr. Dehne: Sprechen Sie doch deutsch! — Heiterkeit.) so lange im Amte gelassen, bis er es selbst vorgezogen hat, zu gehen. Sie hat alle die reaktionären Polizeioffiziere, die Polizeileutnants und Polizeihauptmänner, denen nachgewiesen ist, daß sie mit den konterrevolutionären Organisationen in allen Ecken Sachsens in enger Verbindung stehen (Sehr richtig! bei den Kom.), auf ihrem Posten gelassen, und sie hat die Kommissare eingesetzt, ohne ihnen ein möglichst weitgehendes Mitbestimmungsrecht zu geben. (Sehr gut! bei den Kom.) Und wie sieht es nach den Ausführungen des Hrn. Ministerpräsidenten aus? Die größte Aufgabe sehen die Kommissare auch heute noch darin, den Schwamm für das Bürgertum gegen die Arbeiterschaft darzustellen. (Sehr richtig! bei den Kom.) Die Stellung der Kommissare muß geändert werden, und der Antrag des Abg. Casan, der im Haushaltsausschuß A beantragte, daß das Einlegen der Polizei nur mit Genehmigung der Kommissare erfolgen darf, wird eine kleine Erweiterung der Rechte der Kommissare bringen, wird aber auch noch nicht die Gewähr geben, daß die Polizei nicht mehr wie bis dato gegen die Arbeiterschaft wütet und losgeht, denn der Kommissar sitzt nur bei den einzelnen Stellen der Polizei, während bei der Einlegung der Polizei der Nachhabende eines bestimmten Grades bestimmend ist, und jedesmal die Polizei von diesem Nachhabenden, nicht, wie Hr. Ministerpräsident sagt, in nichtprovisorischer Weise, sondern in sehr provisorischer Weise eingesetzt wird. Wir sehen, daß die Polizei zusammenrückt mit den Demonstranten und Passanten und mit der Arbeiterschaft in Hunderten von Fällen in Sachsen, daß sie an allen Ecken und Enden und häufig Stellung nahm gegen die Arbeiterschaft. Ich habe selbst erlebt, daß bei einer sehr harmlosen Demonstration von 60 Jugendlichen, die aus einer Versammlung nach Hause gingen, die Polizei in Dresden in Stärke von 40 Mann aufbrach und mit dem Sammeln von Strafen begann, um wieder eine Prügelei zu beginnen, die nur durch unser Dazwischentreten verhindert wurde. Die Polizei hat sich sehr oft provokatorisch gegenüber der Arbeiterschaft verhalten, und das ist notwendig, daß gegen dieses Verhalten der Polizei Sicherungen geschaffen werden, und diese Sicherungen sind nur dann möglich, wenn eine tatsächliche Reorganisation der Polizei eintritt, und zwar in einem Maße, das weitreichender ist, als wie der Hr. Ministerpräsident gesagt hat.

Wir Kommunisten haben deshalb eine Anzahl Anträge unterbreitet. Wir verlangen, daß die Gehälter der Offiziere gesenkt werden. Wir verlangen, daß ebenfalls die Ausgaben für Waffen und Munition gesenkt werden. Daß die Beweistung von Schusswaffen unter allen Umständen zu erfolgen hat, und wir wünschen dann, daß eine weitere Befugnis der Kommissare und Sicherung der Landespolizei dadurch herbeigeführt wird, daß an die Stelle des Chefs der Landespolizei einer der bei der Landespolizei angestellten Kommissare zu treten hat. Der Hr. Minister hat zwar erklärt, daß die Stelle des Chefs der Landespolizei eine reine Verwaltungsstelle sei, aber das wird auch eine Aufgabe der Kommissare sein, von dieser Verwaltungsstelle aus die Befehlsbefugnisse, das Auslösen der Polizei usw. zu übernehmen und durchzuführen. Wir haben verlangt, daß die Offiziere aus den Kreisen der Mannschaften gewechselt werden. Wir sind der Ansicht, daß dies sehr wohl möglich ist, und daß sie ihre Befehle nur mit Zustimmung der Beamtenschaft durchführen dürfen. Der Hr. Minister hat gesagt, beides wäre unmöglich. Die Offiziere müßten vorgelesen sein und ihre Entschlüsse frei fassen können. Das ist zugegeben, daß sie ihre Entschlüsse vielleicht in einzelnen Situationen frei fassen müssen, aber daß sie keine Entschlüsse fassen werden, die sich gegen die Arbeiterschaft richten, die Gewähr ist uns nur gegeben, wenn die Offiziere gleichzeitig das Vertrauen der Mannschaften besitzen; wenn sie sich verantworten müssen vor den Beamtenschaftlichen, so gibt das die weitere Gewähr dafür, daß sie nicht gegen die Interessen der Arbeiter handeln. Das sind im Interesse der Arbeiterschaft notwendig durchzuführende Maßnahmen. (Sehr richtig! bei den Kom.)

Der Hr. Minister hat nun erklärt, daß er eine Verordnung herausgegeben habe, die eine Reorganisation der Polizei darstellt, und daß es der Reorganisation der Kommissare gar nicht bedürftig hätte. Diese Verordnung ist aber vollständig ungenügend, weil sie postum nur eine Modernisierung bringt. Die Polizei, die sich in Sachsen befindet, ist abgetrennt von der Bevölkerung, von der Arbeiterschaft sozial und recht nur unter dem Einfluß der Offiziere und wird beeinflusst im reaktionären Sinne. Sie kommt nicht mit dem Geist der Arbeiterschaft genügend in Verbindung, und nur dadurch, daß die Reorganisation aufgehoben wird, ist die Möglichkeit eines engeren Zusammenarbeitens gegeben. Die Verordnung des Hrn. Ministerpräsidenten bringt praktisch keine Ausbesserung der Reorganisation. Wo 4 dieser Verordnung verlangt ganz klar und deutlich, in welchem Geiste die Regierung die Umorganisation der Polizei auszuführen hat, nämlich militärische Übungen bleiben nach wie vor verboten, die Übungen sind nur darauf zu reduzieren, den Beamten die erforderliche praktische Kenntnis darin zu verschaffen, in welcher Weise

gegen erregte Volksmassen, gegen räuberische Banden, gegen Massen bewaffneter Kämpfer einzuschreiten ist, besonders in welcher Weise das Krümen und Abhören von Straßen und Plätzen vorzunehmen ist. Der Paragraph läßt die ganzen Sachheiten der jetzigen Polizei bestehen. Er gibt nicht im geringsten auf, was die jetzt zu den Zusammenstößen zwischen Polizei und Arbeiterschaft geführt hat, im Gegenteil, er sanktioniert das Provokationsrecht der höheren Offiziere und beauftragt die untere Beamtenschaft, den Provokationsbestrebungen der höheren Beamten nachzukommen. (Abg. Dehne: Ministerpräsident als Reaktionär!) Die Regierung hat nichts getan, was notwendig ist, um eine energische Umkehrung der Beamtenschaft durchzuführen. Wenn die Beamtenschaft in einem anderen Geiste erzogen werden soll, ist es notwendig, daß man Beamte einstellt, die schon vorher in der Schule der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung gewesen sind, die der gewerkschaftlichen Bewegung einige Zeit angehört haben, damit sie etwas gelernt haben, was den Beamten jetzt abgeht, damit sie gelernt haben, Solidaritätsgefühl mit der Arbeiterschaft zu bekommen.

Wir Kommunisten sehen auf dem Standpunkte, daß die staatliche Polizei nicht von und demüßigt werden kann einer Regierung, die nicht energisch genug eine Umorganisation und Reformierung der Polizei durchführt. Eine besondere Gefahr für die Arbeiterschaft besteht darin, daß das Einlegen von geschlossenen Verbänden mehr und mehr möglich ist. Ich will nicht auf die Begründung der Vorlagen, die sich mit der Verstaatlichung der Polizei befassen, der Vorlagen Nr. 15 und 129 usw., eingehen, aber in all diesen Vorlagen ist ganz klar und deutlich geschrieben, daß die verstaatlichte Polizei einen Erfolg bei allen Heres darstellen sollte. (Sehr richtig! bei den Kom.) Ich brauche das nicht zu zitieren, wenn es bestritten wird, bin ich aber bereit. Man hat alle die von und gestellten Anträge und Vor schläge abgelehnt, und wir können und deshalb nicht entschließen, einer Verstaatlichung der Polizei zuzustimmen. Wir müßten der Polizei nicht die Möglichkeit geben, zentral und geschlossen zusammengeführt zu werden, um geschlossen gegen die Arbeiterschaft eingesetzt zu werden, und wir müßten den politischen Einfluß auf die Polizei dadurch, daß sie den Kommunen bleiben, verstärken. Die bisherige Taktik der sozialistischen Regierung gibt uns nicht die geringste Gewähr, daß sie eine verstaatlichte Polizei so benutzen würde (Zuruf bei den Dem.: Wie es den Kommunisten gefällt!), wie sie es im Interesse der Kommunisten tun müßte, sondern im Gegenteil, ich komme da immer wieder auf die Ausführungen des Hrn. Ministerpräsidenten zurück, wo er deutlich und klar bewiesen hat, wie er die Aufgaben der Polizei ansieht. (Sehr richtig! bei den Kom.) Die Kommunisten können es nicht verantworten, daß die Polizei so aufgehoben wird. (Zuruf bei den Dem.: Vor wem denn?)

Der Hr. Ministerpräsident hat am Ende seiner Rede mit einer wunderbaren Geste und Gebärde gesagt, daß jetzt die große Koalition von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen hergestellt sei und daß man daraus die notwendigen Schlüsse ziehen müsse. (Abg. Müller: Das machen Sie eben nicht!) Ich habe vorher gesagt und bewiesen, daß die Kommunisten diese Regierung in allen kritischen Situationen gehütet haben, daß sogar in einer der letzten Sitzungen mein Fraktionskollege Stewert den Hrn. Ministerpräsidenten gegen die Angriffe der Bürgerlichen verteidigen mußte wegen seiner Sozialisierungsrede, weil der Hr. Ministerpräsident selber nicht die Courage aufwachte, sich genügend politisch zu verteidigen. (Lachen.) Das war bisher die Unterstützung der sozialistischen Regierung durch die Kommunisten, die sich in allen kritischen Situationen mit aller Kraft für die Erhaltung der Regierung eingesetzt und den Angriffen des Bürgerturns entgegengetreten hat. (Abg. Dr. Dehne zu den Kom.: Nützt Sie das immer noch nicht!) Die Regierung hat aber nicht, auf die Unterstützung der Kommunisten fußend, eine Politik getrieben, die im Interesse des Proletariats gegeben und notwendig war, sondern sie hat es durch ihre schwächliche Haltung ermöglicht, daß die Angriffe des Bürgerturns frecher und frecher werden konnten. (Lachen rechts), daß alle paar Tage die Bürgerlichen mit Anfragen und Anträgen im Landtage auftraten, ganz genau wissend, daß sich vor dem etwas energischen Auftreten des Hrn. Abg. Ventler der Hr. Ministerpräsident sehr schnell in die Reserve zurückzog.

Stellv. Präsident Dr. Wagner (unterbrechend):

Hr. Abg. Renner! Wegen Ausdrücke, wie freche Angriffe gegenüber Parteien außerhalb des Hauses kann ich nicht einschreiten, aber wenn Sie die Anträge als frech bezeichnen, so darf das nicht in Bezug auf die Fraktionen des Landtages geschehen.

Abg. Renner (fortsetzend):

Hr. Präsident! Sie haben den Ausdruck gesagt, aber das Auftreten der Bürgerlichen, speziell das Auftreten des Hrn. Abg. Ventler war so, daß ich keinen anderen Ausdruck dafür finden kann.

Stellv. Präsident Dr. Wagner

rufft den Abg. Renner wegen dieser ausdrücklichen Behauptung des Ausdrucks, bezogen auf ein Mitglied des Hauses, zur Ordnung.

Abg. Renner (fortsetzend):

Das Auftreten der Bürgerlichen wurde immer frecher, das zeigen die Aufmärsche bei den Regimentstagen, bei den Gardebereitungen, das zeigen die Aufmärsche bei den Orchestervereinigungen,

bei der Gründung des Nationalen Soldatenbundes, das zeigt der Aufmarsch, der am vorigen Sonntag in Dresden stattgefunden hat, wo bei dem Gardebereitungen eine Schwadron der Reichswehr bewaffnet mit demonstriert hat, das zeigt der Aufmarsch, der gestern beim Feldbahnfesttag stattfand, das zeigt die Unmenge der in der nächsten Zeit einberufenen Regimentstage nach Leipzig, Chemnitz, Dresden, Tharandt, Freiberg usw. Die Regierung hat gegen diese sich immer steigenden Provokationen nichts unternommen, um die Gefahr, die durch diese orgelchauerische Tätigkeit von seiten der Bürgerlichen für die Arbeiterschaft entsteht, abzuwehren. (Abg. Dr. Dehne: Sie leiden ja an Berfolgungswahn!) Die Regierung hat dadurch, daß sie in ihrer Einstellung im Parlament und außerhalb des Parlamentes zurückgewichen ist vor den Bürgerlichen, die Arbeiterschaft geschwächt. Die Kommunisten haben im Laufe der Jahre, in denen sie die sozialistische Regierung unterstützt haben, der Regierung sehr oft Anträge und Vor schläge unterbreitet, um einerseits der Arbeiterschaft zu helfen und andererseits die Basis, auf der die Regierung steht, fester zu machen. (Zuruf rechts: Na, na!) Aber diese Anträge sind abgelehnt worden, und zwar immer durch die Sozialdemokraten mit den Bürgerlichen zusammen. Das war die Koalition und Regierungsbündnis, auf der im sächsischen Landtag die sächsische Regierung ihre Politik durchführt. (Abg. Müller [Leipzig]: Die hat Ihr unterstützt!) Sie hat die kommunistische Unterstützung nur dann gesucht, wenn sie von den Bürgerlichen verlassen wurde. Sie hat die ihr gegebene Frist nicht benutzt, um Arbeiterpolitik zu treiben, sie hat im Gegenteil alles getan, um den Einfluß der Bürgerlichen größer werden zu lassen, ganz getreu dem Prinzip, nach dem der Hr. Minister in der Sitzung, die wir gemeinsam gehabt haben, erklärt hat: Ich suche mir meine Mehrheit, wo ich sie finde. (Abg. Schirch: Das bringt der viel besser als Du, Rudolf!) Der Hr. Ministerpräsident hat am Schluß seiner Rede es als etwas ganz Wünschenswertes hingestellt, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen zusammengehen sollen und den Landtag auflösen. (Minister des Innern [Leipzig]: Ich habe Ihnen Glück gewünscht zu der Weise mit den Deutschnationalen. — Abg. Stewert: Danke schön!) Es wird auf das gleiche herauskommen, dieses Wünschenswerten zur Weile mit den Deutschnationalen. Ich wäre an der Stelle des Hrn. Ministerpräsidenten mit einem solchen Wünschenswerten etwas vorsichtiger gewesen, denn die ersten Worte seines Vortrages waren das Werden, mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Weile fortsetzen zu können, was man bisher gefahren ist. (Abg. Schirch: Sehr richtig!) Das muß unbedingt klar gestellt werden. (Sehr richtig! bei den Kom.) Es muß gesagt werden, daß die Regierung es verdammt hat, die ihr aufgetragenen notwendigen Arbeiten zu erfüllen. Der Hr. Minister hat in seinen Ausführungen demonstriert wollen vor der Öffentlichkeit des sächsischen Volkes, daß die Kommunisten mit den Bürgerlichen gemeinsame Sache machen, und so die Unterstützung der Bürgerlichen werden. Der Hr. Minister tut sich, wenn er glaubt, das beweisen zu können. Das Entgegenkommen der kommunistischen Partei, das Entgegenkommen der kommunistischen Landtagsfraktion, das Entgegenkommen der Kommunisten überhaupt der Regierung und den sozialistischen Parteien gegenüber ist so weitgehend, daß es sich fast gar nicht mehr mit ihren politischen Ansichten verantworten läßt. Die Kommunisten haben in der Tat den sozialistischen Parteien mehr als einmal Vorschläge gemacht zum gemeinsamen Einmischenarbeiten. Die kommunistische Partei hat den sozialistischen Parteien angeboten, eine Einheitfront gegen die Angriffe des Bürgerturns herzustellen, hat den sozialistischen Parteien angeboten, dem Volkbegehren und dem Auflösungsantrag der Bürgerlichen mit der Auflösung des Landtags zu begegnen und eine Kampffront der sozialistischen Parteien gegen das Bürgerturn herzustellen, um eine Verbreiterung der Arbeiterbasis im sächsischen Landtag herbeizuführen. (Abg. Müller: Das würde eine schöne Front werden!) Die sozialistischen Parteien haben diese Vorschläge abgelehnt, sie sind auf diese Vorschläge nicht eingegangen, weil sie unter den jetzigen Verhältnissen im allgemeinen auf die Bürgerlichen gehütet und sich einmal in Kontakt mit den Kommunisten zurückzuziehen, um weiter arbeiten zu können, um die kommunistische Fraktion als Stützpunkt für die Politik, die nicht im Interesse der Arbeiter gemacht worden ist, zu erhalten. Die sozialistische Regierung hat alle die Möglichkeiten, die sie hätte benutzen können, nicht ausgenutzt. Sie ist bei der Polizeifrage außerordentlich ängstlich vorgegangen, und ihre geherrausgegebene Verordnung zeigt mit aller Deutlichkeit, wie ungenügend sie arbeitet. Der Hr. Minister hat gesagt, daß bei der Polizei eine Anzahl Inspektoren und Oberwachmeister zu Offizieren befördert werden sind. Mir ist mitgeteilt worden, daß im Polizeipräsidium Dresden, anstatt einen vorzüglichen Wachmeister zu befördern, der mit der Arbeiterschaft in enger Beziehung steht, alle reaktionäre Leute befördert worden sind. Es ist aber noch weiter schreckend, daß auf allen den Posten der Polizeipräsidien in Sachsen die alten Reaktionskräfte sitzen. (Minister des Innern [Leipzig]: Wo denn nur? — Abg. Müller [Leipzig]: Beweisen Sie einmal eine konkrete Tatsache!) In Dresden sitzt auf dem Posten des Polizeipräsidiums der Polizeipräsident Grille, auf der Abteilung 6 sitzt der Polizeinspektor Postel und der Regierungsrat Groß, und diese Leute sind es, die die gesamte Spitzelarbeit im sächsischen Staate unterhalten. Es ist schrecklich worden, daß auf diesen Posten eine umfangreiche Bespitzelung der Arbeiterpar-

teien stattfindet, daß ein umfangreiches Material dort zusammengetragen und gesammelt wird über die Arbeiterparteien. Es ist Tatsache, daß in keiner einzigen Arbeiterpartei gesprochen werden kann, sei es in einer öffentlichen Versammlung, nicht nur bei den Kommunisten, sondern auch bei den Freidenkern, bei den Unabhängigen und bei den Sozialdemokraten, ohne daß ein paar Tage später ganz ausführliche und offizielle Berichte bei der Polizei liegen. Das ist ganz klar festgestellt. Da gibt es nichts zu befehlen. Wir haben, um diesen Treibern etwas entgegenzusetzen zu können, gefordert, daß auf die Nachrichtenstellen Kommissare gelegt werden. Das wurde abgelehnt.

Wenn wir also die gesamte bisherige Politik der Regierung verfolgen, so finden wir, daß ihre Tätigkeit am allerwenigsten darauf eingestellt worden ist, praktisch etwas für die Arbeiterschaft herauszuholen. Die ganze Haltung der Regierung bei der Beratung der Polizeivorlage läßt uns nicht darauf schließen, daß sie die Arbeiterschaft und den Willen hat, ihre bisherige Tätigkeit zu ändern. Sie könnte einen solchen Willen nur durchzuführen, wenn sie sich eine Position schafft, auf der sie stehen könnte und von der aus sie den Reaktionsparteien entgegenzutreten und dieselben bezwingen könnte. Die Regierung lehnt es ab, sich eine solche Position zu schaffen. Die kommunistische Partei hat den sozialdemokratischen Parteien vorgeschlagen, daß die Regierung eine Position zum Schutze der Arbeiterrechte und zum Ausbau der Arbeiterrechte schaffen möchte durch eine Betriebsräteversammlung, durch Betriebsräte, denen das Mitbestimmungsrecht und das Beratungsrecht zugesichert wird. Diese Position der Betriebsräte bietet die einzige Gewähr dafür, daß die Regierung gegen die Angriffe der Reaktion und der Konterrevolution bestehen kann und daß die Arbeiterschaft in die Lage versetzt wird, aufzutreten und sich verteidigen zu können. (Zuruf links: Die wollen aber davon nichts wissen!) Die Betriebsräte wollen nichts davon wissen? Ja, die Betriebsräte wollen schon etwas davon wissen. Daß die Chemnitzer Betriebsräte einen anderen Beschluß gefaßt haben, sagt für die Stellung der gesamten Betriebsräte an und für sich noch gar nichts. (Lachen rechts), aber bezeichnend ist, daß die Sozialdemokratische Partei es nicht will. Die kommunistische Partei muß es ablehnen, so wie bisher weiter zu verfahren, und ich habe im Namen der kommunistischen Fraktion und der kommunistischen Partei folgende Erklärung abgegeben (Abg. rechts):

Einundneunzig Jahre haben die Kommunisten die sozialistische Regierung in Sachsen unterstützt und ihr jede Hilfe gegen das Bürgerturn geleistet. (Zuruf: Das werden sie auch weiter tun!) Die Regierung hatte reichlich Gelegenheit, die Interessen des Proletariats mit Energie zu vertreten. Sie hat jedoch durch ihr Ausweichen das Bürgerturn zu den sich steigenden Angriffen gegen die Interessen des Proletariats ermutigt. Die Verantwortung für die zunehmende Verschlechterung der Position der sozialistischen Regierung tragen die Regierung und ihre Parteien. (Abg. Müller [Leipzig]: Das rettet Euch nicht mehr!) Den Vorposten der Reaktion muß begegnet werden durch die Mobilisierung der Massen. (Zuruf, hört! rechts.) Die Regierung kann den Kampf gegen die besitzende Klasse nur mit Erfolg führen, wenn sie sich starke außerparlamentarische Stützpunkte in den Betriebsräten schafft.

Die sozialistische Regierung und ihre Parteien haben es abgelehnt, die Arbeiterschaft in größerem Umfange wie bisher zu Entscheidungen heranzuziehen. Die Regierungsparteien sind nicht gewillt, einen Betriebsrätekongreß für Sachsen über Lebensfragen des Proletariats zu befragen. (Lachen links.) Der Arbeiterschaft fehlen mithin reale Garantien dafür, daß die von den Kommunisten bewilligten Mittel im Interesse des Proletariats verwendet werden. Die bisherigen Attaken der Polizei gegen die Arbeiterschaft machen aber die Schaffung solcher Garantien unbedingt notwendig.

Die kommunistische Partei lehnt deshalb der Regierung die Mittel zur Erhaltung der Polizei ab. (Bravo! bei den Kom. — Abg. Sudor: Wer hat denn das fabriziert? — Abg. Dr. Dehne: Die besitzende Klasse verrät, daß es nicht hier gemacht ist. — Zuruf: Vielleicht in Berlin oder Moskau?)

Abg. Müller (Dsch. Sp.):

Der Hr. Minister hat das bedeutende Wort gesprochen, daß diejenigen, die die längsten Reden über die Polizei halten, davon am wenigsten verstehen. (Große Heiterkeit.) Meines Erachtens hat die längste Rede der Hr. Kollege Casan gehalten, aber dann kam gleich der Hr. Minister des Innern. (Sehr gut! rechts. — Abg. Casan: Das beweist, daß es Ausnahmen gibt von der Regel. Zuruf rechts: Au!) Der Inhalt der Rede des Hrn. Ministers fand aber in ungenügendem Verhältnis zur Länge seiner Rede. Der Hr. Minister des Innern hat sich bemüht, den Bürgerlichen Parteien und den von ihnen vertretenen Volksfreien einen Widerspruch daraus herzuleiten, daß sie für eine Verhärtung der Polizei eingetreten sind und daß sie heute das Statutkapitel 43 ablehnen wollen. Die Logik ist nicht gerade zwingend. (Lachen links.) Wir sind für die Verhärtung der Polizei eingetreten, aber es kommt nicht bloß darauf an, wie groß die Polizei ist, sondern darauf, wie die Polizei ist. (Sehr richtig! rechts.) Und in dem gegenwärtigen Zustande, da müssen wir schon sagen, können wir in der Polizei nicht dasjenige Instrument erblicken, das wir für den Schutze der Einwohnerschaft brauchen. (Abg. Liebmann: Also Kompanie Renner-Müller!) Der Hr. Kollege Jäger ist ja auf die Bedenken